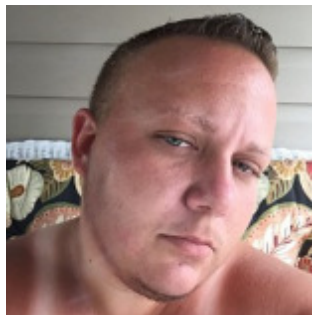


New Jersey: Transmann verklagt katholisches Krankenhaus

Ein katholisches Krankenhaus hat einem Chirurgen aus offenbar religiösen Gründen verboten, eine Hysterektomie an einem Transsexuellen durchzuführen.



Ein transsexueller Mann hat am Donnerstag ein katholisches Krankenhaus in Paterson verklagt, weil ihm offenbar aus Transphobie die Behandlung verweigert worden war. Das "St. Joseph"-Hospital hatte dem 33-jährigen Kläger Jionni Conforti kürzlich mitgeteilt, dass man der chirurgischen Abteilung die Hysterektomie, also die operative Entfernung seiner Gebärmutter, verboten habe – als Begründung wurde per E-Mail lediglich erklärt, dass man als katholisches Krankenhaus einen derartigen Eingriff nicht vornehmen werde. Das verstösst aber nach Ansicht von Conforti gegen Antidiskriminierungsrichtlinien des Bundes und des Staates New Jersey.

"Ich bin schockiert und traurig über den Vorfall und habe Angst davor, wie man mich behandeln würde, wenn ich auf medizinische Hilfe angewiesen bin", erklärte Conforti in einer Mitteilung der LGBTI-Organisation Lambda Legal, die ihn bei der Klage unterstützt. Er hatte nach jahrelangen Depressionen 2014 mit seiner Geschlechtsanpassung begonnen; er nahm männliche Hormone ein und hat sich kurze Zeit später die Brüste entfernen lassen.

Klinik: Wir halten uns an Anweisungen der Bischofskonferenz

Das Krankenhaus erklärte in einer kurzen Pressemitteilung lediglich, dass man "eine der am meisten unterversorgten Regionen in New Jersey" medizinisch betreue und sich dabei strikt an die Anweisungen der US-Bischofskonferenz für katholische Krankenhäuser halte.

In den USA gibt es derzeit scharfe Auseinandersetzungen um Trans-Rechte. Mehrere Bundesstaaten wollen etwa dem Vorbild North Carolinas folgen und Transsexuellen verbieten, öffentliche Toiletten zu benutzen, die ihrer Geschlechtsidentität entsprechen.

Einen heftigen Streit gibt es auch um vor einem halben Jahr in Kraft getretene Richtlinien der Obama-Regierung, wonach alle Gesundheitsdienstleister, die öffentliche Gelder erhalten, verpflichtet sind, niemanden bei der Behandlung zu diskriminieren. Damit sollen insbesondere Transsexuelle vor einer möglicherweise lebensgefährlichen Unterversorgung geschützt werden. Ein konservativer Bundesrichter in Texas hat dieses Gesetz bereits vergangenen Monat für rechtswidrig erklärt, da es gegen ein Gesetz zur Religionsfreiheit verstosse. Allerdings wird nun in der nächsten Instanz über die Frage entschieden.

Kürzlich klagte sogar die katholische Diözese von Fargo (US-Bundesstaat North Dakota) gegen diese Anordnung. Bischof John Folda bezeichnete die Gleichbehandlungsrichtlinie als "schwerwiegende Gefahr für die Religionsfreiheit".